

„Feierliches Weiterwurschteln“ im westdeutschen Hochschulwesen

Zuwenig Geld für die Wissenschaft

„Botschafter McGhee kritisiert mangelhafte deutsche Aufwendungen für die Förderung der Wissenschaft“

Feierliches Weiterwurschteln

„Wir müssen auf Geldsuche gehen“

Senatsmittel noch nicht bewilligt

Professor im Zugwind des Marktes

Geld: knapp

Vor einiger Zeit erschien in der westdeutschen Zeitung „Die Zeit“ ein Artikel mit der Überschrift „Feierliches Weiterwurschteln“, der sich kritisch mit den westdeutschen Hochschulfragen befaßte. (Wir zitieren den fast vollständigen Artikel in UZ 27/04, d. Red.) Die Diskussion und die Angriffe gegen das westdeutsche Hochschulwesen nehmen in der Öffentlichkeit immer mehr zu. Das Beispiel des sowjetischen Hochschulwesens und das der DDR wirkt in diesem Zusammenhang immer stärker auf die westdeutschen Wissenschaftler.

Die wenigen Veränderungen, die man an den Hochschulen Westdeutschlands vornahm, erfaßten nur die allerwichtigsten Bereiche. Es gibt zwar einige Fortschritte im Bauwesen, auch im Bereich bestimmter Teilgebiete der Organisation der Wissenschaft. Dies hebt aber nicht die katastrophale Lage auf diesem Gebiet auf. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft

Fall und von Jahr zu Jahr organisieren.“ Die wissenschaftliche Arbeit ist hier auf Almosen angewiesen, die Wissenschaftler haben für ihre Tätigkeit selbst keine richtige Perspektive. Auf der anderen Seite sehen wir den immer stärkeren einseitigen Einfluß der Monopole auf die Forschung in den Hochschuleinrichtungen. Der Mangel an wissenschaftlichen Nachwuchskräften führt ebenfalls zu einem Rückgang in der Forschung. Die „Frankfurter Allgemeine“ kommt am 4. April 1964 zu der Feststellung, daß 70 Prozent aller Schüler der Oberschulen im Rheinland schon seit zwei Jahren nicht mehr in moderner Physik unterrichtet worden seien. Nach einer Untersuchung sollen in diesem Jahr „rund 9400 Philologen“ unter den Lehrern fehlen. In der „mathematisch-naturwissenschaftlichen Gruppe ist der Mangel mit 12,7 Prozent des Bedarfes noch größer, ... bei den Fächern Leibesübung, Musik und Kunst“ besteht

Lage unter den Ingenieurstudenten ist ebenfalls nicht rosig. Dort gibt es unter den Studenten besonders finanzielle Sorgen um die Finanzierung des Studiums. Die Lebenshaltungskosten werden immer höher. Obwohl nur fünf Prozent Arbeiterkinder an den Hochschulen studieren, müssen ein Drittel aller Studenten zusätzlich Geld verdienen.

So schrieb der „Tagesspiegel“ am 15. 4. 1964 über die Mietpreise: „Mithilfe im Haushalt ist vielfach Voraussetzung für einen erfolgreichen Mietschluß, jedoch vornehmlich für Mädchen, Nachhilfe-stunden für den Sohn werden gefordert, Heizungsbedienung, Babysitting, Hundepflege oder Mithilfe in der Bäckerei. Die Preise bewegen sich von 50 D-Mark für eine Garage, in die zur Not eine Couch gestellt werden könnte, bis zu komfortablen möblierten Zimmern für 200 D-Mark und mehr. Daß solche Angebote kaum von Studenten wahrgenommen werden können, liegt auf der Hand.“

Für viele Studenten wird das Studium durch die gestiegenen Lebenshaltungskosten immer schwieriger. Auf der anderen Seite sind die Universitäten überfüllt, da ihre Förderung äußerst schlecht ist; die Studiendauer wird auf Grund dieser Verhältnisse immer länger (bei Chemikern zum Teil auf 18 Semester angesetzt). Die westdeutsche Rektorenkonferenz im März beschäftigte sich auch mit der Überfüllung der Hochschulen. Einige wollen diesen Mißstand durch „Rausprüfen“, Zulassungsbegrenzung und anderes lösen. Dies würde aber wiederum eine Verminderung der Studentenzahl bedeuten. Aber z. Z. ist schon die Ausbildungskapazität der Hochschulen in der Bundesrepublik viel zu gering. In Westdeutschland könnte diese Frage nur durch die Beseitigung des Bildungsprivilegs und durch eine großzügige Förderung der Studenten und Hochschulen geklärt werden. Diese Lösung würde aber an den Grundfesten des Bonner Systems führen.

Wie aus der „Deutschen Universitätszeitung“ Nr. 4/1964 zu entnehmen ist, gibt es von 100 Jugendlichen eines Jahrganges in Norwegen 22 Abiturienten, in Frankreich 10 und in der Bundesrepublik nur 6,8. Weiter heißt es dort: „Die mittlere Reife erreichen von den Schülern Schleswig-Holsteins 24 Prozent ... in Rheinland-Pfalz sieben Prozent und Saarland fünf Prozent.“

In der Bundesrepublik gibt es über 40 verschiedene Oberstufenabschlüsse; alle erheben den Anspruch, die Hochschulreife zu vermitteln. Die Ausbildung an den Oberschulen läßt oft auf naturwissenschaftlichem Gebiete sehr starke Lücken erkennen. Die Zahl der Arbeiterkinder ist sehr gering. Die Geld haben, können ihren Sohn oben einige Jahre lang auf die Oberschule gehen lassen, und er kann dann, auch wenn er oft das Klassenziel nicht erreicht und mit noch gerade ausreichend die Oberschule abschließt, die Hochschulreife erhalten. Dies beeinflußt stark das Niveau der Studenten, die mit diesem Bildungsstand an die Universität kommen.

Im „Spiegel“ Nr. 25/1964 wird das westdeutsche Bildungswesen als „international nicht konkurrenzfähig“ eingeschätzt und festgestellt, daß es 1970 nur 0,5 Prozent mehr Oberschüler als heute geben würde. Obwohl die Universitäten überfüllt sind, werden für den gegenwärtigen Entwicklungsstand in Westdeutschland zu wenig Oberschüler ausgebildet. Wie soll es bei dem notwendigen Anstieg der Studentenzahl mit den Abiturienten im Jahre 1970 aussehen, wenn man die Feststellung des „Spiegels“ beachtet? Die Industrie fordert auch in Westdeutschland Oberschüler für ihren Bereich. Aber hier sieht es ebenfalls mit dem nötigen Nachwuchs wieder katastrophal aus.

Prof. Wetterling kommt in einer Betrachtung („Stern“, Nr. 1/1964) zu dem Schluß, daß bei der gegenwärtigen Entwicklung der Wissenschaft und Technik die jungen Leute, die 1970 die Schule mit dem derzeitigen Bildungsniveau verlassen, kaum noch mehr als Brot und Wurst verdienen. Mit der Veränderung im west-

deutschen Hochschulwesen müßte also auch das gesamte Bildungswesen von der Konfessionsschule über die Einklassenschule bis zu den unzähligen unterschiedlichen Oberschulen verändert werden. Das gegenwärtige Schulsystem entspricht in keiner Weise einem modernen Industriestaat.

Die Wirtschaftsexperten Westdeutschlands betonen immer stärker, daß zu wenig Studenten ausgebildet werden und deren Niveau oft noch sehr mangelhaft ist. Auch seien die Studenten nach Abschluß ihres Studiums schon viel zu alt, ihre Lebensdauer für die Monopole dadurch zu gering. Die Monopole wollen an den Hochschulen etwas verändern, ohne aber an den Grundlagen des Hochschulsystems Veränderungen zu treffen. So forderte die Deutsche Gesellschaft für Metallkunde von Bonn einen „Plan zur Beseitigung des Bildungsnotstandes“. Selbst der USA-Botschafter McGhee kritisierte in einem Vortrag die äußerst mangelhaften Aufwendungen der Westdeutschen für die Wissenschaft.

So kam es im März des Jahres auch zu einer Bundestagsdebatte. Dr. Lohmar (SPD) gebrauchte einige kritische Bemerkungen über das Bildungssystem und kam zu der Feststellung: „Die Sowjetunion hat ihrerseits den Aufgaben in der wissenschaftlichen Forschung, in der Elektrotechnik, der Automation und der Kybernetik die erste Priorität in ihren Staatsausgaben gegeben.“ Er verlangte ein Sofortprogramm zur Überwindung des Bildungsnotstandes. Ein anderer kritisierte zwar ein wenig das westdeutsche Hochschulwesen, sprach aber dann von den angeblichen Erfolgen. So hätte man innerhalb von einigen Jahren 83 neue Lehrstühle geschaffen. Über diese Maßnahmen war im „Industriekurier“ (20. 5. 1964) jedoch zu lesen, daß man es bis heute noch nicht geschafft hat, mehr als 100 zu besetzen. Strauß versucht ebenfalls die „großen Erfolge“ der CSU im Bildungswesen herauszustellen, wobei er große Lücken in der Sachkenntnis der Dinge erkennen ließ und natürlich die hohen Rüstungsausgaben rechtfertigen wollte. Im Juni wurde dann ein mit viel Propaganda aufgemachtes Abkommen zwischen Bund und Ländern der Bundesrepublik unterzeichnet. Durch dieses Abkommen soll der Ausbau und der Neubau von Universitäten unterstützt werden. Bei der Unterzeichnung des Vertrages fehlten allein von zehn Ministerpräsidenten der Länder fünf. Die Hamburger „Zeit“ bezeichnete dieses Abkommen als ein Taschengeld für die Hochschulen. Sie schätzte diese Maßnahme mit der schon zitierten Überschrift als ein feierliches Weiterwurschteln ein.

Dieses Abkommen, das vor allem den Neubau einiger Universitäten vorsieht, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Dadurch will man einer generellen Hochschulreform aus dem Wege gehen. Die Wogen in der Hochschuldiskussion sollen gelähmt werden. Dr. H. Roser schrieb dazu

im „Industriekurier“ (30. 6. 1964), daß die Auswirkungen dieser Projekte erst in etwa zehn bis zwanzig Jahren zu erwarten seien. Einige behaupten, daß man gerade die gegenwärtige Überfüllung aller Hochschulen durch die geplanten Neubauten beseitigen könnte. Die Bundesrepublik braucht aber heute schon mehr Studenten. Wie soll dies dann erst in 20 Jahren aussehen?

Am 17. 7. 1964 fragte man sich in einem Artikel über die Wissenschaft in der großbürgerlichen Zeitung „Die Welt“ (der Überschrift war: „Im Rückstand?“), warum eigentlich so wenig Geld für die Forschung und Wissenschaft in Westdeutschland da wäre. Dies wurde als „unerträglich“ bezeichnet.

Auf der letzten Tagung der Deutschen Forschungsgemeinschaft spürte man Unbehagen darüber, daß die Atom- und Weltraumforschung in die Hände des Bonner Staates konzentriert werden. Man sprach von den zu einseitigen Förderungen in der Bundesrepublik und nannte dabei die Wehrforschung. Auch Lohmar von der SPD äußerte vor dem Bundestag, daß die Zweckforschung für die Rüstung die dreifache Summe der Ausgaben beansprucht, die für den gesamten Ausbau der Hochschulen bereit stünde. Lohmar kommt hier den Ursachen schon etwas näher, obwohl der gegenwärtige Zustand mit den Stimmen der SPD geschaffen wurde und der gefährlichen Linie von Wehner und Erler – alles für die Rüstung – entspricht.

Bonn will 250 Millionen jährlich für den Ausbau und Neubau von Hochschulen ausgeben. Auf der anderen Seite sprach Bundesminister Lens davon, daß sie für Atomforschung (Rüstung) 345 Millionen jährlich ausgeben. Diese Ausgaben sollen um je 20 Prozent steigen. Für die Weltraumforschung (sprich Raketenbau) sind 158 Millionen eingesetzt. Ohne die Ausgaben, die direkt vom Kriegsministerium für die Rüstung und deren Forschung ausgegeben werden und ohne die vorangeführten Posten – das sagte Lens, als er über die Aufgaben allein für „Ressortforschung“ referierte – entfällt der größte Teil 1964 auf das Kriegsministerium, nämlich 734 Millionen. Neben kleineren Posten für Forschung und Unterstützung der Monopoldindustrie geht noch eine große Summe in die Hände der Europäischen Atomgemeinschaft.

Die riesigen Rüstungsausgaben, die Kosten für die Revanchepolitik, die einseitige Konzentration von Mitteln in den Händen der Monopole und deren enge Zweckforschung – auch auf dem Gebiet der Rüstung –, die Vermödung jeder tiefgreifenden Veränderung an den Hochschulen und im gesamten Schulwesen sowie die starrte Aufrechterhaltung des Bildungsprivilegs führen dazu, daß Bonn eines der rückständigsten Länder im Bildungswesen ist und unter diesen Bedingungen bleiben wird.

Otto Seifert
(Faksimiles aus der westdeutschen Presse)

Betreuung: erbärmlich

Teurer ist das Studentenleben

Kosten in vier Jahren um rund dreißig Prozent gestiegen

Teure Tu-Monna wurde wieder abgelehnt

Sind Arbeiterkinder beim Studium benachteiligt?

Unsere Studenten sind nervös

Kein Platz zum Schlafen für Studenten

Belästigende Zimmerknappheit in Berlin – Vielfach überhöhte Preise

veröffentlichte in Bonn Thesen über „Stand und Rückstand der Forschung in Deutschland in den Naturwissenschaften und den Ingenieurwissenschaften“ und kommt dabei zu einer sehr kritischen Einschätzung. Greifen wir einige andere Beispiele aus dem westdeutschen Bildungswesen heraus.

Laufend werden Klagen geführt über die Unsummen, die die Bundesrepublik für ausländische Patente und Lizenzen bezahlen muß. Die Forschung ist in Westdeutschland in Rückstand gekommen. Der Institutsdirektor eines Luftfahrtinstituts berichtete: „Nur ein Viertel der Sachmittel des Instituts werden vom Haushalt der Technischen Universität getragen; alles andere müßte der Direktor von Fall zu

ein Minus von mehr als „50 Prozent des Bedarfes“.

1970 sollen trotz steigender Studentenzahl bei der gegenwärtigen Situation noch 28 Prozent des Bedarfes an Lehrern fehlen („Frankfurter Allgemeine“, 17. 7. 1964).

Au der Pädagogischen Hochschule in München herrschen katastrophale Verhältnisse. In einem Raum, wo nur 240 Studenten unterkommen, müssen sich 400 hineinzwängen. Ein anderer Raum faßt nur 100 Personen, 400 müßten aber die Vorlesung hören. Mit den Verhältnissen an dieser Hochschule könnte man ganze Seiten füllen.

So streikten im Mai 1962 2000 Bonner Lehrerstudenenten wegen der schlechten Verhältnisse an ihrer Hochschule. Die

Geheimniskrämerei schadet der Ausbildung

Nachwuchs mit Theorie überfüllt

„Verwirrende Halbbildung“

Gefahr einer Bildungskatastrophe

Klagelied der Ingenieurstudenten

Ergebnisse: katastrophal

Bedingungen: miserabel

Auch die Lehrer mögen keine Mathematik

In sechs Jahren werden in der Bundesrepublik voraussichtlich 16000 Studienräte fehlen

Ein Dozent für 83 Studenten

Raumnot an den Universitäten nur provisorisch gemindert

Pharmazuten müssen warten

Platz für 400 – von 2000 besetzt

Drückende Raumnot in der Pädagogischen Hochschule / Unzulängliche Einrichtung / Neubau in weiter Ferne